



# PRESSEDIENST

Niederkirchnerstraße 5  
D-10111 Berlin  
Fon (030) 23 25 24 50/51  
Fax (030) 23 25 24 09

pressestelle@gruene-fraktion-berlin.de  
[www.gruene-fraktion-berlin.de](http://www.gruene-fraktion-berlin.de)

## Datum

18.06.2009

## Nummer

213/2009

## Thema

Verkehr/ Ausbau der B96

## Redaktion

-CS-

**Claudia Hämmerling**, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt zur gestrigen Entscheidung des Bauausschusses zur Beitragspflicht für den Ausbau der B96 am Kirchhainer Damm:

## **Trotz weniger Verkehr 16 Millionen Euro für Straßenprojekt - Anwohner müssen zahlen**

Unter dem Motto "Hauptsache der Mischer dreht sich" hat die Regierungskoalition im gestrigen Bauausschuss den 15,7 Millionen Euro teuren vierspurigen Ausbau der B96 auf der Basis falscher Prognosedaten nach einem verkehrsplanerischen Entwurf der siebziger Jahre beschlossen.

Den Planfeststellungsbeschluss begründet der Senat mit der Zunahme des Autoverkehrs. Das ist falsch. Seit einigen Wochen liegen die Prognosezahlen für 2025 vor. Demnach sinkt der Autoverkehr bis dahin um 14 Prozent.

Der Senat hat sich entschieden, die B96 im alten Stil auszubauen: Linksabbiegen verboten statt Kreisverkehr, Radwege auf dem Gehsteig statt Fahrradspuren, teilweise ist der Radverkehr sogar gemischt mit dem Fußgängerverkehr. Mit altertümlichen, hausbackenen Straßenkonzepten schadet man dem Radverkehr und erzeugt zusätzlichen Autoverkehr in den Wohngebieten.

90 Prozent der Mittel für das Projekt stammen aus EU-Mitteln (EFRE), die restlichen 10 Prozent sollen aus dem Land Berlin kommen. Allerdings soll davon der Löwenanteil von den AnwohnerInnen nach dem Straßenausbaubeitragsgesetz finanziert werden, obwohl der Ausbau der B96 laut Senatsvorlage dem überregionalem Verkehr und der Anbindung an das transeuropäische Straßennetz dienen soll. Das ist ungerecht.

Der Senat zeigt wieder einmal, wo seine Prioritäten liegen: Für den Ausbau des Straßenbahnnetzes fehlt das Geld, für Straßenbau macht er die Millionen locker. Wir fordern Rot-Rot auf, den ungezügelten Straßenneu- und -ausbau zu stoppen und statt dessen die vorhandenen Straßen zu erhalten und mit den EFRE-Mitteln die Straßenbahn über den Alexanderplatz zum Rathaus Steglitz zu verlängern.